

Karlsruhe, 14.02.2011

Grüne Karlsruhe kritisieren Einschränkung der Grundrechte

Der Kreisverband der Grünen Karlsruhe kritisiert die kurzfristige Allgemeinverfügung der Stadt Karlsruhe zum CASTOR Transport aus der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe. Die Grünen hatten einen Infostand und eine Mahnwache angemeldet, um friedlich gegen den CASTOR Transport zu protestieren. Durch die Verfügung soll das Recht auf Versammlungsfreiheit in einem Korridor je 50 Meter beidseitig der Castorstrecke komplett ausgesetzt werden.

"Wir lassen uns unser Grundrecht auf friedlichen und gewaltfreien Protest nicht nehmen und werden gegen die Verfügung Widerspruch einlegen", erklärt Alexander Salomon, Landtagskandidat und Kreisvorstand der Grünen Karlsruhe. „Auch prüfen wir weitere Schritte, um eine aufschiebende Wirkung unseres Widerspruchs zu erzielen.“ Eine so massive Einschränkung der Grundrechte in der Stadt des Rechts, zu Gunsten eines Transports, ist nicht nur unverhältnismässig, sondern auch ein Kniefall vor der Atomindustrie, die sich an den Kosten und Folgen dieser Transporte bis heute nicht beteiligt.

Salomon kritisiert darüber hinaus die Landesregierung für ihren Umgang mit der Polizei im Land. "Schwarz-Gelb fährt unsere Polizeikräfte auf Verschleiß. Die legitimen Demonstrationen haben mit diesem Umstand nichts zu tun – sie offenbaren nur bestehende Missstände. Schlechte Ausstattung und ein massiver Personalabbau in den letzten Jahren haben an den Kräften unserer Polizei ihre Spuren hinterlassen."

Der Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Karlsruhe unterstützt jeden kreativen, friedlichen und gewaltfreien Protest gegen den CASTOR Transport. Zur Unterstützung wird der Kreisverband einen Dauerinfostand einrichten und betreuen.

Für Rückfragen erreichbar **Alexander Salomon unter 0170/8786191**

Sophienstr.58, 76133 Karlsruhe
Fon: 0721/ 2031232
Fax: 0721/ 2031234
E-Mail: info@gruene-karlsruhe.de
www.gruene-karlsruhe.de